

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer an Feiertagen.
Der Preis für die 24 zum dreifachen Monatspreis im Vorausbezogenen 20 Nummern beträgt mit dem Postzuschlag 2,50, einzelne 25, für die 60 zum dreifachen Monatspreis 7,50, einzelne 25, für die 90 zum dreifachen Monatspreis 10,50, einzelne 25, für die 120 zum dreifachen Monatspreis 13,50, einzelne 25.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12226.
Erscheinungs-Adresse: Max, Erdm., Nr. 25.

Tageblatt * enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Sachsen), Schwarzenberg, Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Oßnig, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Verleger: Max 21 und 22, Oßnig (am Markt) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 3258. Druckort: Dessau-Verlag.

Wichtiges: Wichtige für die am Sonntag erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ ist die Nummer der Ausgabe am Sonntag (Sonntagsausgabe) und die Nummer der Ausgabe am Montag (Montagsausgabe). Die Nummer der Ausgabe am Dienstag (Dienstagsausgabe) ist die Nummer der Ausgabe am Mittwoch (Mittwochsausgabe). Die Nummer der Ausgabe am Donnerstag (Donnerstagsausgabe) ist die Nummer der Ausgabe am Freitag (Freitagausgabe). Die Nummer der Ausgabe am Samstag (Samstagsausgabe) ist die Nummer der Ausgabe am Sonntag (Sonntagsausgabe).

Nr. 189.

Freitag, den 12. August 1932.

85. Jahrg.

Zuspitzung der Lage.

Siller oder Hindenburg?

Wie neuerdings verlautet, soll in der Kabinettsführung vom Mittwoch einstimmig — also auch mit der Stimme des Reichswehrministers von Schleicher — beschlossen worden sein, sowohl am Präzedenzfallcharakter des Kabinetts als auch an der Kanzlerschaft von Papens festzuhalten. Diese Stellungnahme sei, so wird weiter berichtet, auf den Reichspräsidenten selbst zurückzuführen, der für den Fall, daß die Führung der NSDAP. darauf bestehe, Adolf Hitler zum Kanzler zu machen, mit seinem Rücktritt gedroht haben soll. Hindenburg, der schwer unter den unberechtigten Vorwürfen leide, er habe 1918 dem Kaiser nicht die Treue gehalten und Brüning im Stich gelassen, wolle nicht das Odium auf sich nehmen, sich von dem jetzigen Kanzler zu trennen, der am 31. Mai in die Bresche gesprungen sei. Abgesehen von diesen gefühlsmäßigen Beweggründen habe der Reichspräsident keinen Zweifel darüber gelassen, daß er für eine Wiederkehr eines Parteienkabinetts nicht zu haben sein werde. Hindenburg scheint sich eben nicht davon überzeugen zu lassen, daß die NSDAP. keine Partei im bisherigen Sinne ist.

Wenn auch zunächst nicht anzunehmen ist, daß die Beziehungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung scharf abgebrochen werden, so hat sich doch die Lage ziemlich zuspitzt. Das Zentrum hat sofort erkannt, daß hier Möglichkeiten vorhanden sind, wieder nach vorn zu kommen. Es nimmt scharf Stellung gegen die Präzidenzialregierung, in welcher es eine große Gefahr für das Parteiwesen sieht, nachdem unter Papen mit der Ueberparteilichkeit und Unabhängigkeit des Kabinetts wirklich ernst gemacht worden ist. Der stellvertretende Parteivorsitzende Joos und der die schärfste Tonart vertretende württembergische Staatspräsident Holz haben eine Art Ultimatum an Papen gestellt, in dem sie den Rücktritt des Kabinetts und die Rückkehr zu den parlamentarischen Methoden fordern. Die Herren bringen das Opfer, sich mit der nationalsozialistischen Führung der Regierung einverstanden zu erklären, damit wählen sie unter zwei Uebeln das kleinere, denn sie fürchten, daß ein Präzidenzialkabinet unter Hitler diktatorischen Charakter annehmen könnte. Zugleich spielen hier noch andere Hintergedanken eine Rolle, die jedenfalls nicht auf der Linie einer politischen Zuneigung der Partei Dr. Brüning zur NSDAP. liegen. Es muß also vor allem den freundlichen Herren vom Zentrum auf die Finger gesehen werden, sie könnten sonst leicht die Schwierigkeiten so komplizieren, daß sie nur noch mit ungewöhnlichen Mitteln zu lösen sind.

Das Zentrum und die Regierungsbildung.

„Die Weiterexistenz des Kabinetts Papen ist unmöglich.“

Berlin, 11. Aug. Ueber die Unterredung zwischen dem Kanzler und den Vertretern des Zentrums Joos und Holz veröffentlicht die „Germania“ folgende Mitteilung:

Die Zentrumsabgeordneten knüpften an die Forderung an, die nach Demission des Kabinetts Brüning der Vorsitzende der Partei, Prälat Kaas, beim Reichspräsidenten erhoben hatte: die sog. Totallösung, d. h. die vollverantwortliche Einbeziehung der damaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaus in Konsequenz des Ergebnisses der letzten Reichstagswahl ganz von selbst. Das Zentrum müsse absolut klare Verantwortlichkeiten verlangen. Dazu gehörten namentlich die offene und volle Mitverantwortung der NSDAP. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Einhaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet und die neue Reichsregierung die lokale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung wolle und pflegen müsse. Alle anderen führten notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien. In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere preussische Regierung ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung, und sie müsse es ablehnen, für die Folgen aus nur nachträglich die Verantwortung zu übernehmen. Allein aus dieser Betrachtung ergebe sich bereits die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm die Grundlagen und Voraussetzungen einer vertrauensvollen, gesicherten und erfolgversprechenden Arbeit durchaus fehlten. Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluß jeder Parteibildung den beiden Grundgedanken der klaren Verantwortung und der verfassungsmäßigen Wege entspricht.

Eine Warnung.

Zur Frage der Kabinettsumbildung bringt der „Tag“ in besonderer Aufmerksamkeit folgende Stellungnahme:

Die eherner Grundlage aller Ordnung und alles Seins ist die Staatsautorität. Ihren Zusammenbruch nennt man Revolution. Das Kabinetts Papen-Schleicher ist mit dem Anspruch aufgetreten, unabhängig vom Parlament das Bedürfnis der Staatsautorität zu vertreten. Das Kabinetts beruht auf dem Gedanken, daß es neben der Macht der Gewählten, neben der Zahl, noch einen anderen Machtfaktor in Deutschland gäbe.

Ungeheuerste nationale Möglichkeiten sind unter Beibehaltung der nationalen Kräfte von der Macht verpaßt worden. Seht hat man einen Zustand entstehen lassen, in dem die Begriffe Staatsautorität und nationaler Parteilichkeit sich gegenüberstehen. Es ist wieder einmal ein Augenblick der Weltgeschichte gekommen, in dem schwerste Entscheidungen in der Hand weniger Menschen liegen. Zweideutigkeit oder Leichtsinns wäre in solchen Augenblicken Verbrechen. Darum muß deutlich gesagt werden: Wer den Begriff Staatsautorität verpönt und damit aufs Spiel gesetzt hat, muß den Weg finden, ihn zu wahren, auch wenn es schwer ist. Die Ratschläge des Zentrums, das die Hauptschuld an der gegenwärtigen Lage trägt, entspringen sicherlich weder dem Bedürfnis, dem Staate, noch der nationalen Bewegung zu helfen. Sie weisen im allgemeinen heute den Weg, den man nicht gehen darf.

Berlin, 11. Aug. Von maßgebender Seite wird mit allem Nachdruck betont, daß der Reichspräsident an der Linie, von der aus er die bisherige Regierung berufen hat, unbedingt festhält, d. h. an einer vom Parlament und von den Parteien sich abhebenden und unabhängigen Regierung. Ueber eine Besprechung mit Adolf Hitler, der zurzeit nicht in Berlin weilt, ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden, wenn auch Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß der Reichskanzler Adolf Hitler am Freitag empfangen wird.

Verhandlungen mit Siller noch ungewiß.

Berlin, 12. Aug. Wie wir erfahren, ist bis heute vormittag noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitler beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten festgesetzt worden. In politischen Kreisen verlautet, daß Hitler noch nicht in Berlin ist und kaum heute dort eintreffen dürfte. Es wird als möglich bezeichnet, daß der Empfang am morgigen Sonnabend vor sich geht.

München, 11. Aug. Adolf Hitler veröffentlicht folgende Erklärung: Durch die Presse gehen zur Zeit wieder romanhaftes Schilderungen über die „Zersplitterung innerhalb der nationalsoz. Partei und über die „Opposition“, die von einzelnen Führern, Dr. Goebbels und Gregor Strasser, gegen mich getrieben wird. Die Nachrichten sind zu dumm, als daß man sie zu dementieren brauchte. Welche Entschlüsse die Parteileitung für die Zukunft getroffen hat, werden die neugierigen Zeitungsleser noch frühzeitig genug erfahren.

Aufruf zum Bau einer neuen „Niobe“.

Wilhelmshafen, 12. Aug. Der Stahlhelm-Frauenbund Wilhelmshafen fordert in einem Aufruf: „An die Frauen Deutschlands“ dazu auf, zum Bau eines neuen Segelschiffes „Niobe“ eine Sammlung im Reich durchzuführen. In dem Aufruf heißt es u. a.: Deutsche Frauen, deutsche Mütter gehen wieder an Werk wie einst die Preussinnenfrauen (das bezieht sich auf den Untergang des preussischen Segelschiffes „Frauenlob“ im Jahre 1868) und bringen ein neues Opfer: Sie schenken zum Gedächtnis der mit der „Niobe“ gebliebenen Söhne dem Vaterland ein neues Segelschiff „Niobe“. Ein Volk, das keinen Teil an der See hat, ist dem Untergang geweiht. Nationale Pflicht ist es darum, dem Vaterland zu helfen, neu zu bauen, was verloren. Frauen aller Berufe und Stände spendet mit vollen Händen! Je schwerer das Opfer, um so höher sein Wert.

Zur Haager Entscheidung im Remelstreit.

Haag, 11. Aug. In der Begründung zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes im Remelstreit wird u. a. ausgeführt: Die Abweisung des Präsidenten Böttcher müsse als gerechtfertigt angesehen werden, weil Böttcher ohne Wissen der litauischen Regierung in Verhandlungen mit der Regierung eines fremden Staates eingetreten sei, obwohl nach dem Remelstatut nur die Organe Litauens dazu berechtigt seien, derartige Verhandlungen zu führen. Daburch habe Böttcher seine Befugnisse überschritten. In dem Sondervotum der Richter Schilling (Deutschland), Putnam (Kanada), Altamira (Holland) und von Eysanba (Holland) wird der Standpunkt vertreten, daß nur ein Misstrauensvotum des Landtages dem Amte des Präsidenten ein Ende machen könne. Das Lotum von Anzloti (Italien) kommt zu dem Ergebnis, daß insolge prozeßualer Mängel im Verfahren der Richter der Gerichtshof überhaupt nicht zuständig sei.

Der Geschichtsunterricht im neuen Deutschland.

Das oldenburgische Ministerium der Kirchen und Schulen hat am 3. August folgende Verfügung an die oberen Schulbehörden erlassen:

„Ehre und Freiheit sind die wertvollsten nationalen Güter des Volkes; sie zu verteidigen, ist die erste und vornehmste Pflicht jedes Volksgenossen; geben sie verloren, so ist das Volk dem Untergang geweiht. Vor dieser Gefahr steht das deutsche Volk wieder, wie so oft in seiner Geschichte. Die Vorbereitung und Entfesselung des Weltkrieges, das Versailles Diktat und die darauf aufgebauten Tributpflichten, nicht zuletzt die moralische Minderwertigkeitserklärung des deutschen Volkes, die das ganze Versailles Diktat durchzieht und in der Kriegsschuldfrage des Artikels 231 gipfelt, stellen nichts anderes dar als einen neuen Versuch der zahlreichen Feinde und Reider Deutschlands, unsere Ehre und Freiheit zu vernichten. Wie zielbewußt und hartnäckig dieser Versuch verfolgt wird, haben die jüngsten Verhandlungen in Lausanne und ihre Ergebnisse erneut bewiesen.“

Es gibt daher im Augenblick nur eine Aufgabe, die allen anderen voransteht: die uns drohende Gefahr klar zu erkennen, das Volksbewußtsein in allen Schichten und Ständen zu heben, ihnen Mut und Selbstvertrauen einzufößen und sie über alle sozialen Unterschiede hinweg zu einer unerschütterlichen, zu jedem Opfer bereiten Kampfgemeinschaft für nationale Ehre und Unabhängigkeit zusammenzuführen.“

Das Ministerium rechnet hierbei auf die freudige Mitwirkung aller Schulen. Unsere deutsche Jugend, die aus natürlichem Selbstbehauptungswillen von sich aus die tatsächliche Gleichberechtigung unseres Volkes mit allen Kulturnationen fordert, wird leicht für diese Aufgabe zu gewinnen sein. Es wird vor allem darauf ankommen, diesem Willen durch Vermittlung klarer Einsicht in die geschichtlichen Vorgänge eine auf eingehender Kenntnis und innerster Ueberzeugung beruhende Richtung und Festigung zu geben.

Im Geschichtsunterricht ist daher der Behandlung der neuen Geschichte in jedem Schuljahr der ihr für die Zukunftsentwicklung unseres Volkes gebührende Platz einzuräumen. Je nach dem Alter der Schüler und Schülerinnen werden hier mehr die Tatsachen, dort mehr die geschichtlichen Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen sein. Es wird daher erwartet, daß alle Schüler und Schülerinnen beim Abgang von der Schule eine ihrer Festigungskraft entsprechende Kenntnis von dem Hauptinhalt der Tributpflichten, von ihrem Verbestand und ihren verheerenden Einwirkungen auf das Leben unseres Volkes besitzen. Mit gleichem Nachdruck ist dafür zu sorgen, daß bei unserer Jugend die Großtaten der ruhmvollen deutschen Wehrmacht und die Leistungen des ganzen deutschen Volkes im Kampfe um seine Ehre und Freiheit während der vier unerbittlichen Kriegsjahre in lebendiger Erinnerung bleiben.

In diesem Jahre ist nach den Sommerferien der Geschichtsunterricht in allen Schulen und Klassen ausschließlich in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Sie finden ihren Höhepunkt in einer Schulfeier am 27. August, dem Tage vor dem Gedenktage des Sieges von Tannenberg. Der Unterricht fällt an diesem Tage aus; dafür sind nach Möglichkeit die Reichs-Jugendwettkämpfe abzuhalten.“

Berlin, 11. Aug. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den deutschen Botschafter in Washington, Dr. v. Brittwitz und Gaffron.

Berlin, 11. Aug. Die Meldung, daß die komm. Reichstagsabg. Frau Zetkin bereit sei, das Amt eines Alterspräsidenten im neuen Reichstag auszuüben, hat starken Widerspruch hervorgerufen. Aus kommunistischen Kreisen wird bekannt, daß Frau Zetkin gar nicht beabsichtigt, die Tätigkeit eines Alterspräsidenten, der die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten zu leiten hat, auszuüben. Wie es heißt, will sie nur die Gelegenheit benützen, um für die kommunistischen Ideen Propaganda zu machen, um dann die weitere formale Tätigkeit des Alterspräsidenten dem nächstältesten Mitgliede des Reichstags zu überlassen. Wie verlautet, sollen sich die kommunistischen Abgeordneten Roenen und Stoeker wegen dieser Angelegenheit nach Moskau begeben haben, um Instruktionen einzuholen.

Düsseldorf, 11. Aug. Im Juli sind im Landesfinanzamtsbezirk Düsseldorf 1365 Schmuggelfälle aufgedeckt worden. Es wurden dabei 45 000 Stück Zigaretten, 2600 Hefischen Zigarettenpapier, 5600 Kilogramm Tabak, 1700 Kilogramm Kaffee, 6000 Kilogramm Getreide, 2700 Kilogramm Mähererzeugnisse und 900 Kilogramm sonstige Waren beschlagnahmt. Ferner wurden den Schmugglern 181 Fahrräder und 13 Kraftwagen, die zur Beförderung von Schmugglerwaren dienten, abgenommen.

Stockholm, 12. Aug. Der Exekutivausschuß der freisinnigen Partei erklärt, daß die der Partei von Aar Kreuger zur Verfügung gestellten beiden Beträge von je 50 000 Kronen der Partei restlos zugute gekommen sind. Der Ausschuß weist deshalb alle Angaben, die in anderer Richtung gehen, zurück. Die beiden Beträge sind an die Kontursverwaltung Kreuger zurückgekehrt worden. Der ehemalige Ministerpräsident Ekman hat seine Posten als Vorsitzender des Vertrauensrates und des Exekutivausschusses der Partei zur Verfügung gestellt. Die beiden ständ. Vorstände werden die Posten besetzen.